



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktion AfD

Zahnärztliche und kieferorthopädische Versorgung in den Landkreisen sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/757**

Der Landtag wolle beschließen:

Medizinische und zahnmedizinische Versorgung in Sachsen-Anhalt flächendeckend und langfristig sicherstellen

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Maßnahmen einzuleiten, um die Gesamtzahl der medizinischen und zahnmedizinischen Studienplätze an den beiden Universitätskliniken bis 2023 um 25 Prozent zu erhöhen und eine auskömmliche Finanzierung dieser Studienplätze langfristig sicherzustellen;
2. mit der Kassenärztlichen sowie Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt über Anreize und Programme zu beraten, damit für die zukünftigen Herausforderungen gemeinsam neue Konzepte erstellt werden können, die eine Vielfalt von Versorgungsangeboten ermöglichen;
3. Maßnahmen zu ergreifen, um Anreize für eine freiberufliche Tätigkeit in einer selbstständig geführten Praxis zu schaffen und somit die Niederlassung zu fördern;
4. im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über die aktuelle IST-Situation und geplante Maßnahmen sowie deren Umsetzungsstand zu berichten.

Begründung

Der Ärztemangel ist in Sachsen-Anhalt seit Jahren deutlich spürbar. In allen Bereichen (Allgemeinmediziner, Fachärzte, Zahnärzte, Kieferorthopäden etc.) wird die Versorgung tendenziell noch schlechter.

Bis zum Jahr 2030 gehen beispielsweise rund 800 der aktuell 1.400 niedergelassenen Zahnärzte und Kieferorthopäden im Land in Rente. Dies besagt eine Prognose der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV), die für die Sicherstellung der Versorgung mit Zahnärzten zuständig ist. 50 Prozent der in Sachsen-Anhalt arbeitenden Zahnärzte sind älter als 50 Jahre und werden bald in den Ruhestand gehen. Die Zahl der momentan vorhandenen Studienplätze in Sachsen-Anhalt wird diese entstehende Lücke nicht auffangen können. Daher ist es unumgänglich Handlungsalternativen zu schaffen, die dieser Entwicklung entgegenwirken. Das Gleiche gilt für den gesamten Bereich der Haus- und Fachärzte. Hier ist ebenfalls eine ähnliche Alterstendenz feststellbar.

Über die Schaffung neuer Studienplätze hinaus müssen Konzepte mit vielfältigen Versorgungsangeboten entworfen und ausgebaut werden. Nicht zu vergessen ist hierbei die Eingliederung von neuen Arbeitsmodellen - vor allem die jüngere Generation, die ausgebildet wird, will oft anders arbeiten als die ältere Generation. Dieser Generationenwechsel muss auch bei der Bedarfsplanung berücksichtigt werden.

Für Patienten in Sachsen-Anhalt wird sich die Situation sehr wahrscheinlich zusätzlich dadurch verschärfen, dass zum zahlenmäßigen Mangel an Ärzten, Zahnärzten und Kieferorthopäden eine Verknappung an Versorgungseinrichtungen, also Praxen, hinzukommt. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen findet nicht jede „alt“ eingesessene Praxis einen Nachfolger - das ist heute schon häufiger der Fall. Zum anderen, weil es den Trend gibt, dass Arztpraxen bei der Übernahme durch einen neuen Betreiber in einem ortsansässigen oder nahegelegenen MVZ aufgehen, also nicht als eigenständige Praxis fortgeführt werden. Die im städtischen Raum konzentrierten Großpraxen der Investoren ziehen aber den Nachwuchs aus der Fläche.

Diesen dramatischen Trend gilt es endlich aufzuhalten. Dieser seit Jahren mit mathematischer Gewissheit bekannten Entwicklung muss endlich entgegengewirkt werden. Wir müssen so schnell wie möglich deutlich mehr Mediziner ausbilden, um auch langfristig die gesamte Versorgung sicherstellen zu können.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender